Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh, Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

# Thorner Wochenblatt.

№ 41. Mittwoch, den 13. März. 1867

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs Wilhelm I. findet am 22. d. Mts. ein Diner hier statt. Die Bewohner der Stadt und des Kreises Thorn werden zu reger Theilnahme an demselben hierdurch mit dem ergebensten Beifügen eingeladen, daß eine Liste zur Einzeichnung der Namen der Theilnehmer

**bis zum 17. d. Mts. im Hôtel de Sanssouci**

ausliegt, daß indeß Anmeldungen bis zum bezeichneten Termine schriftlich oder mündlich von dem derzeitigen Verwalter des Landraths-Amtes gern entgegengenommen werden.

Die Stunde und die Localität, in der die Feierlichkeit stattfinden soll, wird noch später, jedoch rechtzeitig bekannt gemacht werden.

Thorn, den 11. März 1867.

**Das Comitee.**

## Norddeutscher Reichstag.

Sitzung a. 9. (Schluß zu Nr. 40). Abg. Miquel: Die Lage, in der man sei, eine Verfassung für Deutschland zu machen, sei eine neue und originelle, er werde daher nicht vom preußischen Abgeordnetenhause und der preußischen Verfassung sprechen, sondern von Deutschland. Der Weg, auf welchen man bis hierher gekommen, sei ein anderer, als viele gehofft. Der Entwurf entspreche diesem Wege, er sei rauh, er befriedige Niemanden; er bringe weder den Bundesstaat noch den Einheitsstaat, er sei der einige Ausdruck der Situation, er könne und wolle ihn daher nicht aus Kategorien der Vergangenheit, sondern aus seiner praktischen Brauchbarkeit beurtheilten. Der Entwurf enthalte weniger Garantien der Einheit, als ein solcher enthalten müßte, der für ganz Deutschland bestimmt sei. In andern Beziehungen (Heer nnd Marine) gehe er über die Reichsverfassung von 1849 hinaus, aber hier entspreche die strenge Einheit dem praktischen Bedürfniß. Wenn der Entwurf Vieles vom Staatenbunde enthalte, so könne der praktische Politiker den Entwurf deshalb nicht tadeln, weil praktisch der Bundesstaat sich dennoch daraus ergeben werde. Die Mainlinie, früher ein Drohgespenst, sei zur Wirklichkeit geworden und erweise sich jetzt als eine praktisch politische ja eine Scheidelinie, sie sei gewissermaßen eine Haltestelle für uns, wo wir Wasser und Kohlen aufnehmen (Beifall). Die Verfassung müsse eine definitive sein. Nur ein machtvoller, Sicherheit gewährender Staat könne uns Süddeutschland erobern. Wie Italien über den Frieden von Villafranca, so werde auch Deutschland über die Nord und Süd trennenden Bestimmungen des Friedens von Nikolsburg zur Tagesordnung übergehen, ohne sich vom Auslande hindern zu lassen. Um diesen Willen der Nation deutlich zu erkennen zu geben, möge man die Bereitwilligkeit zur Aenderung der Verfassung selbst aussprechen. Betreffs der Kompetenz des Bundesstaates könne er sich im Allgemeinen nur zustimmend verhalten. In der gemeinsamen Gesetzgebung auf materiellem Gebiete sehe er einen großen Fortschritt. Für die Weiterentwickelung des Bundes sei gesorgt durch die Bestimmung, daß der Bundesrath mit $^2/_3$ Majorität die Verfassung ändern könne. Fraglich bleibe es, ob auch die Zustimmung des Parlaments

## Ueber die Abfuhr und Verwerthung der Dungstoffe.

(Fortsetzung.)

Unter dem Einfluß des Sonnenlichts bildet nun die Lebensthätigkeit der Pflanze, durch gegenseitige Einwirkung der genannten Stoffe, alles Das, was wir an derselben kennen lernen, jedoch hat die Wissenschaft durch umfassende Untersuchungen unzweifelhaft nachgewiesen, daß sich die verbrennlichen Bestandtheile nur bei Gegenwart der Unverbrennlichen, welche wir als Asche kennen gelernt haben, bilden können.

Wie thöricht handeln wir nun, wenn wir diese so wichtigen Verbindungen mißachten, sie gedankenlos vergeuden!

China und Japan haben deren Werth schon vor Jahrhunderten erkannt und dadurch die Nahrungsmittel für ihre übervölkerten Gegenden hervorbringen können, daß sie die menschlichen Excremente mit der größten Sorgfalt sammelten und dem Ackerbau zurückgaben.

Was sind jedoch die Auswurfstoffe? Alles dasjenige, was die Verdauungsthätigkeit aus den aufgenommen Nahrungsmitteln nicht auflösen kann, alles, was dem Körper in größerem Maaße zugeführt wird, als er dessen bedarf, alle von demselben abgenutzten und alle diejenigen Stoffe, welche vom Organismus zur Verdauungsthätigkeit gebildet und dazu verbraucht worden sind. Dieses Gemisch so verschiedener Substanzen entfernen wir nun als Urin in flüssiger, als sogenannte Fäces in fester Gestalt aus unserem Körper.

Der Urin enthält nun vorzugsweise fast alle jene salzartigen Verbindungen, welche wir als die Werkzeuge der Pflanze kennen gelernt haben, neben einem wichtigen stickstoffhaltigen Körper, dem Harnstoff. Er enthält fast Alles, was wir in dem Guano finden, einem Dungstoff, der mit großen Kosten unserem Ackerbau von den Inseln der Westküste Amerikas zugeführt wird, und welcher aus den Excrementen der, von Fischen lebenden Meervögel besteht. Die festen Auswurfstoffe enthalten vorzugsweise die unlöslichen Bestandtheile der Speisen, die unlöslichen Salze, die überflüssigen Fettstoffe, gemischt mit Speichel, Gallen- und Darmsaft; sie bilden ein immer noch werthvolles, dem Urin jedoch weit nachstehendes Dungmaterial.

Bedenken wir nun, welche Massen dieser Salze dem Culturboden jährlich entzogen werden, so muß derselbe zuletzt daran verarmen und unfruchtbar oder durch kostspielige künstliche Düngungsmittel gekräftigt werden.

Lassen Sie uns diese Angelegenheit die vollste Aufmerksamkeit schenken, damit auch wir dazu beitragen, dem Culturboden ein Capital wiederzugeben, mit welchem die darauf gebauten Pflanzen sofort kräftig fortwirthschaften können, um die reichlichste Nahrung zu gewähren, während sie dasselbe entgegengesetzten Falls sich erst mühsam und zeitraubend aus Luft und Erde erwerben müssen.

Diesen Zweck erfüllt nun mit Leichtigkeit, in reinlicher, bequemer und die Gesundheit durchaus nicht beeinträchtigender Weise das Abfuhrsystem.

Da jedoch ein Tonnensystem nicht sofort und überall eingeführt werden kann, und den einmal vorhandenen Einrichtungen Rechnung getragen werden muße, so richtete man zur entsprechenden Entleerung der Senkgrube und zur Fortschaffung des Inhalts derselben verschiedene Apparate ein, die wir nun näher betrachten wollen.

Die gebräuchlichen Apparate.

I. Luftentleerte Kessel. Dieselben erfüllen zu gleicher Zeit die Zwecke der Pumpe und des Aufnahmegefäßes, und ruhen auf Wagen. Es sind runde Kessel von Eisenblech, 8′ 9″ lang, 3′ im Durchmesser von 62 Kubikfuß Inhalt, sie haben oben eine Oeffnung zum Einlassen des Dampfes, und an dem entgegengesetzten Ende, unten, eine Auslaßöffnung für denselben, welche beide mit Hähnen versehen sind, einen Luftdruckzeiger und ein Mannloch zum Entfernen des Inhalts.

Ein kleiner Dampfkessel von 6′ Länge und $2^1/_2$′ Durchmesser füllt dieselben mit Dampf, so daß sie nach dem Schluß der Hähne und der Verdichtung des Dampfes fast luftleer sind. Sollen dieselben gebraucht werden, so fährt man sie unmittelbar an die Grube, schraubt das Saugrohr an die Ausflußöffnung für den Dampf, und entleert, nach dem Oeffnen des Hahns in 4 bis 5 Minuten einen Inhalt von 50 Kubikfuß Flüssigkeit.

Da jedoch diese Apparate den Nachtheil hatten, nur auf ganz kurze Entfernungen angewendet werden zu können, (indem sie sonst zu viel Luft aufnehmen und

nöthig sei. Wäre dies nicht, so wäre das unannehmbar. Er freue sich aus einer Bewegung des Ministerpräsidenten zu entnehmen, daß diese Auslegung nicht zutreffend sei. Nun komme er aber zur andern Seite. Er stelle keine Normalverfassung auf, aber ein Staat, der nicht in der Gesetzgebung und Verwaltung die Zustimmung des Kernes der Nation bedinge, könne nicht bestehen. Redner kritisirt nun die Bestimmungen über das Normalbudget und die Matrikularumlagen und verlangt eine direkte Reichssteuer wenigstens für die Zukunft, und verfassungsmäßige Garantien für ihre zukünftige Einführung. Er und seine Freunde seien bereit, jedes Opfer, selbst an Freiheit zu bringen, welches zur Herstellung staatlichen Einheit nothwendig sei, doch leugne er, daß ein Aufgeben der konstitutionellen Rechte, wie der Entwurf es verlange, nothwendig sei. Ohne die natürlichen parlamentarischen Rechte sei ein Staat von Bestand nicht zu schaffen. Zur Herstellung eines vorübergehenden Militärstaats könne er die Hand nicht bieten. Er hoffe nicht, daß die Männer, welche den Boden für die nationale Entwickelung geschaffen, ihr Werk dadurch wieder vernichten werden; er erwarte ein Entgegenkommen.

Von den übrigen Reden für und gegen den Entwurf folge hier noch die Rede des Abg. Wagener. Die Regierung muthet uns nicht den Verzicht auf unsere Rechte zu, sondern ihre Ausübung mit Rücksicht auf die Thatsachen. Allerdings, wo sonst Grundrechte standen, liest man jetzt von Eisenbahnen, und da wo man sonst Menschenrechte suchte, da findet man Tarifbestimmungen für Kohlen und Hülsenfrüchte. Das mag sehr prosaisch, sehr nüchtern sein, aber wir werden endlich von der Herrschaft der Phrase erlöst. Was das Budgetrecht und speziell den Militäretat betrifft, so hätte ich geglaubt, daß die letzten 5 Jahre die preuß. Abgeordneten hätten lehren müssen, dies Kapital als ein noli me tangere zu behandeln, mit dem man nur durch Compromisse fertig wird. Die jährliche Bewilligung des Militäretats, in die Verfassung des Bundes aufgenommen, heißt nicht anderes, als ihn und den ihm zu Grunde liegenden Vertrag auf jährliche Kündigung zu setzen. Auch das empfohlene Uebergangsstadium, das so lange dauern kann, bis die Einrichtungen unverrückbar geworden sind, lehne ich ab. Mit 22 selbstständigen Regierungen ist nicht anders, als durch Contingentirung auf die Dauer zu verhandeln. In diesen Gedanken werde sich die liberale Partei finden müssen, eben so wie die conservative auf viele ihrer Anschauungen verzichtet hat. Ich halte es für meine Pflicht, von dieser Stelle aus rückhaltlos auszusprechen, daß die kleineren deutschen Fürsten je länger desto mehr begreifen werden, warum ein Lord Derby mehr in der Welt bedeutet als einer von ihnen, und daß die Lords von England zur rechten Zeit ihre Stellung im einheitlichen Staat gesucht und gefunden haben. Der Abg. Waldeck setzt den Norddeutschen Reichstag ohne Grund herab, wenn er ihn ein Zoll- und Telegraphen-Parlament nennt. Ich habe in einer Thronrede gelesen: Die Gegensätze der Parteien erlöschen in der Unermeßlichkeit des allgemeinen Stimmrechtes". Auch unsere kleinen Partei-Unterschiede werden erlöschen in der Unermeßlichkeit des allgemeinen Stimmrechtes. Was die Welt in Wahrheit beherrscht, ist das Herz, das religiöse Interesse, und der Magen, die soziale Frage. Daher der materielle Inhalt einiger Capitel der Verfassung, die nicht aus der belgischen abgeschrieben ist. Die Conservativen sollen die Annahme des Verfassungs-Entwurfs en bloc wünschen: soll das heißen, ohne gründliche Prüfung, so ist die Behauptung unrichtig; aber daß wir sie möglichst unverändert angenommen sehen möchten das ist wahr. Denn wenn die Zustimmung der Regierungen nicht erlangt werden kann, so ist Amendirung der Verfassung mit ihrer Verwerfung identisch. Am Budgetrechte des preußischen Landtages ändert sich nichts außer insofern, daß Bundesgesetze, bei denen der Reichstag mitgewirkt hat, den speziellen Gesetzen der Einzelstaaten vorangehen, und wir überschätzen uns nicht, wenn wir behaupten, daß kein Landtag gegen unseren Beschluß, den Entwurf anzunehmen, mit Erfolg Widerstand leisten wird. Der Abg. Twesten drohte mit dem Votum des preuß. Landtages, oder seine Worte klangen doch wie Drohung. Ich bezweifle seine Legitimation zu einer solchen Aeußerung ebenso wie ihre Richtigkeit. — Und sollte er Recht haben und der erste Versuch mißlingen, — der Mann an der Spitze der der Regierung bürgt dafür, daß ihm der zweite gelingen wird. (Bewegung) Bringen sie uns daher nicht in die Lage, später im Unfrieden zu suchen, was uns heute im Frieden geboten wird. (Beifall rechts.)

In der Sitzung am 11. wurde die General-Diskussion fortgesetzt. Auch der Präsident der Bundes-Commissarien ergriff das Wort, um den Entwurf zu vertheidigen. Er sagte: Es habe nicht die Absicht sein können, das theoretische Ideal einer Bundesverfassung hinzustellen, in welchem die Einheit Deutschlands einerseits auf ewig verbürgt und andererseits jeder partikularistischen Auffassung die Möglichkeit sich geltend zu machen, gewahrt werde. Man habe sich die Aufgabe gestellt, in richtiger Schätzung derjenigen Widerstandskräfte, an welchen die früheren Versuche in Frankfurt und Erfurt scheiterten, ein Minimum derjenigen Konzessionen zu finden, welche die Sonderexistenzen auf dem deutschen Gebiet der Allgemeinheit machen müssen, wenn diese Allgemeinheit lebensfähig werden soll. Von diesem Gesichtspunkte aus erklärt Graf Bismarck, nunmehr auf die speziell erhobenen Einwendungen und Wünsche eingehend, ein konstitutionell verantwortliches Bundesministerium für unmöglich, denn wer sollte dieses Ministerium ernennen; etwa eine der 22 Regierungen, dieses schlösse die übrigen 21 aus; man müßte also die Exekutive einer einheitlichen Spitze mit monarchischem Charakter übertragen, dann hätte man aber eben kein Bundesverhältniß mehr; er könne nach seinen Erfahrungen kaum annehmen, daß die Mehrzahl der deutschen Fürsten bereit sei, ihre jetzige Stellung mit der eines englischen Lords zu vertauschen; man könne doch nicht die Gewalt und Uebermacht Preußens dazu benutzen um dergleichen Entschließungen zu erzwingen. Die Basis für den norddeutschen Bund soll das Vertrauen auf die Vertragstreue Preußens sein und dieses Vertrauen dürfe nicht erschüttert werden, so lange man uns die Vertragstreue halte. Er bedauere allerdings auch, daß die Erklärung einer Bundesregierung (Oldenburgs) in diesem Sinne erst in das Schlußprotokoll hätte Aufnahme finden können, da sich an dieselben wahrscheinlich eine furchtbare Diskussion im Schoße der Ministerkonferenz geknüpft haben würde. — Der Minister geht nunmehr auf das Militärbudget über, indem er in der Stellung zu demselben das Motiv für den „Partikularismus" des preußischen Landtags dem Unitarismus des Reichstags gegenüber zu finden glaubt; er warnt, das Abgeordnetenhaus, wie geschehen, im Voraus vinkuliren zu wollen, daß es, wenn nicht diese oder jene Bestimmung in die Verfassung Aufnahme finde, dieselbe verwerfen werde; Niemand sei zu solchen Erklärungen berechtigt. Was das Militärbudget betreffe, so müsse dasselbe während der Uebergangszeit und bis die Staaten des norddeutschen Bundes in Fleisch und Blut mit einander verwachsen seien, unantastbar sein, vorbehaltlich solcher Abänderungen, denen der Bundesfeldherr seine Zustimmung ertheile; die Lage Europas gestatte nicht, daß während der nächsten Jahre der Reichstag etwa das Militärbudget zum Prüfstein seiner Macht mache.

— Die Polen im Reichstage sind, wie die „Berl. Mont.-Z." meldet, entschlossen, zunächst ihren Protest gegen die Einverleibung ehemaliger polnischer Landestheile in den Norddeutschen Bund einzubringen und dann auszuscheiden. Ueber die Form des Austritts steht indessen noch nichts fest.

Nach dem Grafen v. Bismarck sprach der Abgeordnete von Gottberg für, der Abgeordnete von Münchhausen gegen den Verfassungsentwurf. Der letztere ergriff diese erste Gelegenheit zur Erfüllung seiner Aufgabe, den Schmerzensschrei des Welfenthums von der Tribüne des Reichstags in die Welt zu senden. Ein kräftiger Märtyrergeist sprach sich jedoch noch weniger in dieser Rede, als in der bekannten früheren Ansprache des Herrn v. Münchhausen bei der Audienz der hannoverschen Deputation aus. Nach dem Redner sind vielmehr die außerordentlichen Maßregeln, zu denen die preußische Regierung in Hannover gegriffen hat, gegenüber der allgemeinen und selbst in der Marienburg herrschenden Harmlosigkeit ganz unmotivirt; sie treffen nur Unschuldige, und er selbst wünscht dem neuen deutschen Verfassungsbau das beste Gedeihen und will um jeden Preis die Wiederkehr der Konflikte von 1866 verhüten. Bei dem rücksichtslosen Auftreten Preußens in Hannover kann er aber leider für nichts stehen. Graf Bismarck widmete der Zumuthung, daß Preußen nach Allem dem Welfischen Hause gegenüber eine Politik der Sentimentalität üben solle, eine sehr scharfe Abfertigung, worauf unter lebhafter Bewegung die Sitzung um 3 Uhr geschlossen wurde.

## Zur Situation.

Die von der „France" gebrachte Nachricht von dem Einvernehmen Rußlands, Englands und Frankreichs über die orientalischen Angelegenheiten wird diesem Blatte heute von Petersburg aus bestätigt. Danach haben die Gesandten der drei Mächte einen Kollektivschritt bei der Pforte gethan, um dieselbe zur ernstlichen Verwirklichung des Hat-Humayum und zu Zugeständnissen für die christlichen Bevölkerungen zu ermahnen. Die „France" fügt hinzu, dieser Schritt lasse keinen Zweifel mehr zu; die Bewegung in der Türkei sei eine hellenische, es sei also auch ganz in der Ordnung, daß die griechischen Schutzmächte die diplomatische Aktion gegen die Türkei in die Hand genommen hätten; als erste Folge des Hat werde die vollständige politische, religiöse und administrative Gleichstellung der Christen mit den Mahomedanern in der Türkei verkündet werden müssen, ferner werde speziell das Recht, Grundbesitz zu erwerben, für Ausländer verlangt und in dessen Folge solle die Pforte angehalten werden, die allgemeine Säkularisation der Moscheengüter vorzunehmen. Diesen allgemeinen Forderungen gegenüber sind die Forderungen für Kandia und Serbien nur Nebensache: Kandia soll den Ländern gleich gestellt werden, auf welche die Pforte nur noch ein Suveränetätsrecht hat. Die „France" fügt hinzu, daß der türkische Kabinetswechsel mit diesem Vorgehen in Beziehung steht.

Der Reichstag wird am 1. Mai eröffnet. Ein Handschreiben des Kaisers löst das Staats-Ministerium auf und weist die administrativ-politischen Angelegenheiten der nichtungarischen Länder einem besonderen Ministerium zu.

## Politische Rundschau.

**Deutschland.** Berlin. In der Angelegenheit der Stellvertretungskosten der Abgeordneten hatte die „Magd. Ztg." die Frage aufgeworfen: ob die Landräthe, die im Reichstage sitzen, ob ferner die Ministerialbeamten, wie z. B. Graf Eulenburg, Geh. R. Wagener, ebenfalls mit der Tragung der Stellvertretungskosten belastet seien? Hierauf antwortet nun die „N. A. Z.": „Was nun die beiden genannten Ministerialräthe betrifft, so haben dieselben auch während der Zeit der Reichstagssession ihr amtliches Decernat vollständig beibehalten, die Frage der Stellvertretung kommt also bei ihnen gar nicht in Betracht. Den im Reichstage sitzenden Landräthen aber werden allerdings die Kosten ihrer Stellvertretung vom Gehalt in Abzug gebracht.

— Die Minister der Finanzen, für Handel und für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten haben die königliche Regierung in Köln auf eine Anfrage, betreffend die Steuerpflichtigkeit des Verkaufs der auf den Industrie-Ausstellungen befindlichen Gegenstände dahin beschieden, daß keine Veranlassung vorliegt, diese Ausstellungen durch unbeschränkte Gestattung des Feilbietens der ausgestellten Waaren zu Messen und Jahrmärkten zu machen und ihnen dadurch nach Maßgabe des § 7 des Gewerbesteuergesetzes vom 30. Mai 1820 und des § 1 des Hausir-Regulativs vom 28. April 1824 die Steuerfreiheit zu sichern. Eben so wenig erscheint es angemessen, durch „unbedingte" Ausschließung „jedes" Verkaufs die Beschickung der Ausstellungen zu erschweren. Es ist vielmehr ein gelegentlicher Verkauf nach Erfüllung des Zweckes der Ausstellung als ein gewerbscheinpflichtiger Verkehr im Sinne des § 2 des Hausir-Regulativs nicht anzusehen. Zur Verhütung eines Mißbrauchs der hiernach eintretenden Gewerbscheinsfreiheit ist jedoch darauf zu halten, daß die zur Ausstellung gebrachten Waaren vor Ablauf des durch den Zweck der Ausstellung bedingten Termins aus dem Ausstellungsraume auf Grund eines Verkaufs nicht entfernt, oder, wenn dies ausnahmsweise zugelassen wird, während der Ausstellung durch Waaren gleicher Gattung nicht ersetzt werden. Die an sich zuläßige Etablirung eines stehenden Handels ist bei den Ausstellungen nicht zu gestatten. Diese Ministerial-Entscheidung ist nun auch den übrigen Regierungen zur Nachricht und Beobachtung mitgetheilt worden.

In der königlichen Münze hat im verflossenen Jahre eine sehr rege Thätigkeit geherrscht. Zu den 61 Millionen Vereinsthalern, welche in der Zeit vom 1. Juli 1867 bis ultimo 1865 geprägt wurden, sind im Jahre 1866 24,409,072 neue Vereinsthaler gekommen. Sechstel-Thaler sind garnicht geprägt worden. Was die Goldkronen anbetrifft, deren Existenz wohl ihrem Ende entgegengehen dürfte, wenn erst das norddeutsche Parlament über das Münzwesen schlüssig wird, so sind zu den von Preußen ausgeprägten 68,538 ganzen und 8441 halben Kronen im vergangenen Jahre nur 720 ganze und 7169 halbe Kronen hinzugekommen. Der Werth der in den Jahren 1821 bis ultimo Juni 1857 in $^2/_1$, $^1/_1$ und $^1/_2$ Stücken ausgeprägten Friedrichsd'or belief sich auf 21,562,065 Thlr. Seitdem sind keine mehr geprägt worden. Der Werth der von Preußen 1821 bis 1866 incl geprägten Silberscheidemünzen beläuft sich auf 9,585,680 Thlr. 9 Sgr. 6 Pf., der der Kupfermünzen in diesem Zeitraume auf 1,812,931 Thlr. 6 Sgr. 11 Pf.

**Frankreich.** Der der Kammer vorgelegte Reorganisationsentwurf stellt die Dauer des activen Dienstes auf 5, die der Reserve auf 4 Jahre fest. Alle nicht zur activen Armee Gehörenden dienen 4 Jahre in der Reserve und 5 Jahre in der mobilen Nationalgarde. Die Stellvertretung ist nach dem Gesetz von 1832 gestattet. Die zur Reserve Gehörigen, zum Loskauf nicht Zugelassenen, können mit der mobilen Nationalgarde tauschen. Die zur activen Armee Gehörigen zum Loskauf nicht Zugelassenen, können Soldaten der Reserve zu Stellvertretern nehmen. Die mobile Nationalgarde umfaßt alle Losgekauften und diejenigen, welche, nicht zum stehenden Heere gehörig, vierjährigen Reservedienst gemacht haben. Auch für die Losgekauften dauert der Dienst in der mobilen Nationalgarde 5 Jahre. Die gegenwärtig unter den Fahnen Stehenden treten nach Ablauf ihrer Dienstzeit in die Nationalgarde über und gehören derselben zwei Jahre an.

— In Paris wird gegenwärtig stark gegen das Ministerium Ricasoli in Italien intriguirt. „Man kennt — schreibt man der „Elbf. Ztg." — die Fäden dieser Intrigue in Florenz eben so gut, wie in Paris,

---

wirkungslos werden), welches bei ihrer Größe oft unausführbar war, so erfand ein Belgier, Mestdag, ein anderes System, welches jetzt überall in Anwendung kommt.

II. Es besteht aus einer Saug- und Druckpumpe, und einem besonderen Aufnahmefaß; beide ebenfalls auf Räder ruhend.

Die Pumpe ist entweder die sogenannten Priesterpumpe, nach dem Prinzip der Blasebälge konstruirte oder eine doppelt Feuerspritze, oder die amerikanische, welche nach Art einer Dampfmaschine mit liegenden doppelt wirkenden Zylinder und statt der Ventile mit Schiebersteuerung versehen ist. Der Kolben wird durch 2 Schwungräder mit Kurbeln bewegt, und vertritt die Latrinenflüssigkeit die Stelle des Dampfes. Dieselbe ist zwar theuer, leistet jedoch Ausgezeichnetes, indem sie in 5 Minuten 60 Kubikfuß fördert. Die vorhandenen Abbildungen in dem Werke gewähren eine spezielle Ansicht.

Die dazu gehörigen Schläuche haben 3" im Lichten, sind von Kautschuk mit einliegendem Eisengewebe und von Außen mit Segeltuch überkleidet. Das Saugrohr endigt in eine Röhre von Metall von größerem Durchmesser, welche mit einem Drahtgitter umgeben ist, um das Eindringen von Glas und Unreinigkeiten abzuhalten.

Oft jedoch sind es nur eiserne Röhren, die an einander geschraubt werden mit zwischenliegenden Kautschukringen.

(Fortsetzung folgt.)

wo sie ganz so wie in Italien spielen. Flugschriften, Gerüchte, neue bedenkliche Thatsachen, die unter dem Siegel der Verschwiegenheit gegeben werden, um sie um so sicherer überall zu verbreiten, kurz alle möglichen Mittel werden in Bewegung gesetzt, um das Ziel zu erreichen, das man ins Auge gefaßt hat. Um jeden Preis soll den intimen Beziehungen ein Ende gemacht werden, die bis jetzt noch zwischen Berlin und Florenz bestehen, und man benutzt die Art von Aufreizung, von welcher man vermuthet, daß sie hier noch immer gegen Preußen bestehen müsse, um zwischen den drei katholischen Mächten — Frankreich, Italien und Oesterreich ein Offensivbündniß ins Leben zu führen."

**Großbritannien.** Wie eine Seifenblase an der Sonne ist die neue Feniererhebung vor dem Ernst der Regierung und bei der Theilnahmlosigkeit des Publikums geplatzt und über Nacht, wie sie ausgebrochen, über Nacht wieder eingeschlafen. Wie am 7. d. Mts. im Parlamente bemerkt wurde, ist nichts mehr zu befürchten, die Eisenbahnkommunikation ist wieder hergestellt, die Verbindung mit dem atlantischen Kabel wieder aufgenommen und Dublin so ruhig, daß die Stille fast nur von dem Tritte nächtlicher Patrouillen unterbrochen wird. Von neuen Nachrichten ist wenig Bemerkenswerthes zu melden. Keine neue Ruhestörungen, heißt es in den Telegramms, sind im Lande vorgekommen.

— Lord Walpole erklärte a. 9. d. im Oberhause, daß die Nachrichten aus Irland unerheblich seien. Dublin ist ruhig.

— Nachrichten aus New-York zufolge wird ein Angriff der Fenier auf Canada erwartet.

**Italien.** Garibaldi besuchte am 1. März Palmanuova, und am Abend sprachen er, P. Pantaleo und Cairali im Theater von Udine über die Kirchenfrage. Ueberhaupt ist es namentlich der Clerus, gegen den er überall die Volksleidenschaften aufhetzt. Von Oesterreich sagte er in Udine, „daß es wahrscheinlich von selber auseinanderfallen werde, ohne daß man gegen dasselbe Krieg zu führen brauche."

— Von allen Bewohnern des Kirchenstaates, Pius XI. mit einbegriffen, befinden sich die Briganten am Wohlsten. Bei Sossa wurde neulich der Intendant des Herrn Polverosi aufgegriffen und für ihn ein Lösegeld von 25,000 Scudi in Gold verlangt. Man bot ihnen mehrere Tausend Scudi, aber die Briganten bestehen nach ihrem legitimen Kriegsrechte auf die von ihnen auferlegte Contribution, und um die Fortschritte darzuthun, welche das letzte Jahr der Civilisation auch an ihnen vollzogen hat, haben sie sich theilweise mit Hinterladungsgewehren versehen und sind somit im Begriff, ihr Militairwesen auf preußischen Fuß zu bringen.

**Rußland.** Mit großem Interesse werden in Warschau (d. 7.) die Auslassungen des halbamtlichen „Journal de St. Petersburg" in Betreff der Verhältnisse der griechischen Bevölkerung der Türkei zu ihrer Regierung gelesen. Sie enthalten fast Alles, was die Polen in ihrer Angelegenheit, der russischen Regierung gegenüber, vorzubringen pflegen. So heißt es im „Journal de St. Petersburg:" „Es ist eine Nothwendigkeit, eine neue Aera anzufangen; daß nämlich der Sultan seine christlichen Unterthanen in eine Stellung bringt, in welcher sie glücklich leben könnten, indem sie sich gehoben und geachtet fühlen, anstatt daß sie jetzt erniedrigt, verachtet und erdrückt werden von der Last der Prellerei, den Beleidigungen und der schlechten Behandlung jeder Art, materieller wie moralischer Natur. Die türkische Regierung will aber eine solche Wendung nicht eintreten lassen. Sie versagt es, den Weg einzuschlagen, den ihr Vernunft und Gerechtigkeit dictirten. Anstatt dankbar die ihr ertheilten Rathschläge anzunehmen, wirft sie die Verantwortlichkeit für alle Folgen der jetzigen Verhältnisse auf die, wie sie sagt, falschen Freunde der Griechen." Wer wird da nicht an die Worte der bekannten Gorczakowischen Noten von 1863 erinnert? An einer anderen Stelle heißt es im „Journal de St. Petersburg", zur Rechtfertigung des Candiotischen Aufstandes: „Da es ungerechte und grausame Regierungen giebt, so muß es auch Aufstände geben, welche durch jene gerechtfertigt sind." Ferner heißt es: „Sie (die türkische Regierung) tritt mit Füßen ihre Verpflichtungen in Betreff ihrer christlichen Unterthanen, und soll von nun an nur brutale Gewalt anwenden, um diese Unterthanen im Stande des Elends zu erhalten. Aber Gott wird diejenigen schützen, welche zu ihm die Hände erheben in ihrer Bedrängniß, und wird sie bewahvor dem Märtyrerthum, daß sie von Denjenigen erleiden, welche sie nicht wie Brüder behandeln wollen." Als Muster, wie die Türkei mit ihren christlichen Unterthanen zu verfahren habe, stellt das „Journal de St. Petersburg" eigenthümlich genug das Benehmen der russischen Regierung ihren andersgläubigen Unterthanen gegenüber. Bei uns giebt es nicht, was den Namen Rajas und Giaur entsprechen sollte; in Rußland wird Niemand darum unterdrückt, daß er von der oder jener Religion ist." Und das sagt das „Journal de St. Petersburg", zu einer Zeit, wo in Polen und den altpolnischen Provinzen das Entfernen aller Derjenigen vom Amte, die nicht griechisch-katholisch sind, ein Prinzip geworden ist; wo selbst Posthalter und Postillone nur Personen sein können, die der orthodoxen Kirche angehören und wo es den Universitäten im Kaiserreich untersagt ist, katholische Schüler mehr als 10% der lernenden Jugend anzunehmen.

## Provinzielles.

In Rosenberg-Löbau hat der conservative Candidat, Landrath von Brünneck-Jacobau mit 8567 Stimmen gegen 6264 über den polnischen Gegner Hrn. v. Rozycki gesiegt. —

Graudenz, den 11. März. Aus unserer Provinz sind in der Bromberg eingerichteten Empfangsstelle zur Annahme von Ausstellungsgegenständen für die Pariser Weltindustrieausstellung folgende Gegenstände eingeliefert worden: von Danzig: 1) eine Asphaltplatte, Asphaltröhren und Dachpappen von E. A. Lindenberg; 2) gesalzenes Fleisch, Schinken und Schmalz von H. Särmann nud S.; 3) Portland-Cement von Alb. Stuhl; 4) Bernstein-Fabrikate und roher Bernstein von Ferd. Niese; 5) Bernstein, Korallen und Perlen von H. L. Perlbach; 6) Bernstein und Perlschnüre von D. Alter; 7) Planarbeiten von Joh. Laraß; 8) Liqueure von A. v. Niessen und 9) ein Rettungsboot nebst Zubehör vom Vorstande der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in Bremen (von Danzig aber eingeliefert). Von Königsberg: 1) ein Kleiderbaum von Geweihen von A. J. Jacoby; 2) zwei Elennsköpfe mit Geweihen und eine Achtthiergruppe gleichfalls von A. J. Jacoby; 3) verschiedene Tabake sowie Cigarren von Ferd. Reinhold; 4) einige Oelgemälde von Professor Pietrowski; 5) zwei Kupferstiche vom Professor Trossin; 6) Pinsel von Aug. Nanny. Die Anzahl der Nummern beträgt im Ganzen 35. Von der landwirthschaftlichen Akademie zu Waldau; 1) eine Sammlung von Unkrautsamen und ein ostpreußisches Ackerwerkzeug, genannt „Zoche"; 2) ein Elennthier. Aus Marienburg: Seiden-Cocons von C. A. Sellis. Aus Kniebau: Thon und Tonfabrikate von Hirschberg. Aus Tilsit: ein Leinkuchen, Rübkuchen, Rüböl und Leinöl von Kähler. Aus Löbcz bei Putzig: Preßtorf vom Gutsbesitzer Suter. Aus Bellschwitz: 4 Wollvließe von v. Brünnek. Aus Elbing: 2 Muster von Spritt und ein Sortiment Liqueur von Tissen und Sundermann. Aus Osterwiek bei Konitz: Seiden-Cocons und Getreideproben vom Pfarrer Bradke. Aus Lissau: eine Rapsstaude, 3 Büschel Getreide, Tabak, Honig, Heu, ein Kürbis und ein Käse vom Gutsbesitzer v. Essen. Aus Maasdorf: 4 Käse vom landwirthschaftlichen Verein des Gr. Marienburger-Werders. Aus Taplaken: Cigarren und Rohtabak von H. Nerst. Aus Insterburg: Muster von Flachs- und Werggarnen von B. M. Weinstein. Aus Scharfenort bei Danzig: Getreideproben von Dr. Martiny. Aus Thorn: diverse Branntweine von L. Dammann & Kordes. Endlich aus Bromberg: 1) Künstliche Zahngebisse vom Zahnarzte Mallachow; 2) diverse Mühlen-Fabrikate von der Mühlen-Administration der Königl. Seehandlung; 3) ein Pluviometer (Regenmesser) von dem Fabrikanten Jul. Menard und 4) ein Tableau Photographien vom Photographen Theodor Joop.

## Lokales.

— **Schwurgericht.** Am 11. November v. J. wurde ein Wirthschaftsgebäude des Einsassen Anton Kwaszniewski zu Brinsk Fialken, Kreises Strasburg, ein Raub der Flammen. Mitverbrannt waren ihm sämmtliche Getreidevorräthe, ein Kalb und 3 Gänse und hat er seinen ganzen Schaden auf circa 300 Thlr. angegeben.

Der Verübung dieser Brandstiftung war die Mutter des Anton Kwaszniewski, die Wittwe Anna Kwaszniewska geb. Kaliszewska angeklagt.

Die Angeklagte hat 2 Söhne und 1 Tochter am Leben und war im Dorfe allgemein bekannt, daß Anton ihr Liebling gewesen. Es ging namentlich auch daraus hervor, daß sie i. J. 1862 ihren damals noch lebenden Ehemann vermochte, dem Anton das ganze Grundstück zu verschreiben, während den andern beiden Kindern nur kleine Erbportionen kontraktlich festgestellt wurden.

Trotz dieses Vertrages bewirthschaftete die Angekl., nach dem Tode ihres Mannes das Grundstück zusammen mit ihrem Sohne, ja es war allgemein bekannt, daß sie das Regiment im Hause führe.

Da auf einmal gelüstete es dem Anton sich zu verheirathen und nun schwand das gute Einvernehmen zwischen der Angekl. und ihrem Sohne. Es kamen Reibungen zwischen der Angekl. und deren Schwiegertochter vor, die nicht selten in Thätlichkeiten ausarteten; sehr oft schlug sie auch ihren Sohn, der sich diese Mißhandlungen immer geduldig gefallen ließ. Während die Angekl. früher bemüht gewesen, dem Anton Alles hinzugeben, suchte sie jetzt auf alle mögliche Art diesen zu bewegen seinen Geschwistern mehr zu geben, als wie sie erhalten konnten. Als Anton dies Ansinnen beharrlich zurückwies, hat die Angekl. zu verschiedenen Malen und Zeiten Aeußerungen gemacht, die den Schluß zuließen, daß sie auf Rache gegen Anton sinne. Zunächst versuchte sie es, den Anton in das Militair einstellen zu lassen. Zu diesem Zwecke hatte sie ihren zweiten Sohn und den Mann ihrer Tochter veranlaßt eine Denunciation der Miltairbehörde einzureichen, inhalts deren Anton sich der Militairpflicht entzogen habe.

Als dieser Versuch mißglückte, kam es zu Drohungen, als z. B. „er muß in Rauch aufgehen", „alle Donnerwetter sollen ihn zermalmen" u. dergl. m.

Am Tage des Brandes nach 3 Nachmittags sah der Anton und dessen Frau seine Mutter schnellen Schrittes mit einer kleinen Wanne über den Hof nach der Scheune und von dort in der Richtung nach der Hechselkammer gehen und will Anton auch bemerkt haben, daß seine Mutter die Thür der Hechselkammer geöffnet habe; dann von seinem Standpunkt aus habe man beim Oeffnen der Thür die Spange derselben sehen können, was auch am Tage des Brandes der Fall gewesen.

Bald nach der Rückkehr seiner Mutter vom obigen Gange sei in der Hechselkammer das Feuer ausgebrochen und das Gebäude niedergebrannt.

Während des Brandes und auch nach demselben hat die Angeklagte wiederum Aeußerungen ausgestoßen, die auf Verübung des Brandes schließen mußten.

So äußerte sie wiederholt: „hätte er gegeben und mehr gegeben, dann wäre es nicht geschehen, nun hat Gott ihn gestraft", ferner „Alles gehöre ihr und sie könne damit machen, was sie wolle."

Die Angekl. eine Frau von 68 Jahren, bestritt die ihr zur Last gelegte strafbare Handlung. Die Geschworenen sprachen aber auf Grund der ermittelten Thatumstände, nach kurzer Berathung das Schuldig aus und wurde Angekl. demnächst wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Obwohl Anton Kwaszniewski einer der ersten gewesen, der nach den von ihm gemachten Andeutungen seine leibliche Mutter der Brandstiftung bezüchtigte und diese Bezüchtigung im Termin aufrecht erhielt, so ergriff ihn nach der Verurtheilung seiner Mutter doch Reue; er und seine Frau ergriffen die Hände der alten Frau, küßten sie, gaben ihr Geld und suchten auf alle mögliche Art die Angekl. von ihren guten Herzen zu überzeugen.

— **Landwirthschaftliches.** Herr Gutsbesitzer Rauch in Renckau wird in nächster Zeit ein Pensionat für landwirthschafliche Eleven errichten.

— **Musikalisches.** Morgen, am Donnerstag d. 14. veranstaltet die Kapelle des K. Inf. Regiments Nr. 61 unter Leitung ihres Dirigenten Herrn Krämer ein Concert für den in der Schlacht bei Königgrätz verwundeten und in Folge seiner Wunde vollständig erblindeten Sergeanten Weber vom 67. Inf. Reg. Dieser Appell an den Wohlthätigkeitssinn unserer besser situirten Bewohner wird zweifelsohne von einem günstigen Erfolg begleitet sein. Im Interesse dieses theilen wir noch folgende Notiz über den Genannten mit:

„Einer der im vorjährigen Feldzuge blindgeschossenen Krieger, der Sergeant Weber vom 67. Regiment, hatte sich schon lange vor dem Kriege mit einer Nähterin in Wittenberg verlobt, und derselben in seinem jetzigen Unglück ihr Wort zurückgegeben. Das brave Mädchen hat aber dies Anerbieten entschieden zurückgewiesen, in der Erkenntniß, daß der Erwählte ihres Herzens grade jetzt in seiner hilflosen Lage ihrer Pflege erst recht bedürfe, sie hat sich bereit erklärt, ihren kargen Verdienst mit dem geliebten Manne zu theilen, und so ist denn das Paar vor kurzem in Wittenberg kirchlich getraut. Da nun aber in dem Hausstande der Neuvermählten so ziemlich alles fehlt, Weber auch bei den Sammlungen für die drei erblindeten am kärglichsten bedacht ist, so hat sich in Wittenberg ein Comitee gebildet, welches milde Gaben für den Unglücklichen in Empfang nehmen will. Möchte es in den Stand gesetzt werden, recht reichlich austheilen zu können."

— **Wissenschaftliche Vorlesungen.** Wegen andauernder Unpäßlichkeit des Hrn. Dr Boodstein muß die auf heute verschobene Vorlesung über „Heinrich Heine" wiederum ausgesetzt werden. Wahrscheinlich wird sie noch im Laufe der Woche gehalten, was den geehrten Subscribenten durch d. Bl. bekannt gemacht werden wird.

— **Handwerkerverein.** Am Freitag d. 15. Versammlung. Vortrag. Mittheilung einer praktischen Methode, Eis billig zu konserviren.

— **Aus dem geselligen Leben.** Wie seit Jahren nicht, war in diesem Jahre während der Faschingszeit die Tanzlust rege. Vom 21. Januar cr. ab hatten fast jede Woche Bälle, Tanzvergnügen und maskirte Pickenicks, mitunter sogar zwei die Woche, statt. Maskirte Tanzvergnügen, sonst wegen ihrer Kostspieligkeit hierorts eine Seltenheit, fanden in besagter Zeit mehrere statt. Leihanstalten für Masken-Garderoben bestehen hierorts noch nicht und so sehen sich unsere Dandys genöthigt, sich nach Danzig und Berlin zu wenden, woher sie elegante Kostüme zu soliden Preisen bezogen. Bei Gelegenheit dieser Notiz gestatten wir uns unsere geneigten Leserinnen mit nachfolgenden Bemerkungen über „Die Balltoiletten der Damen" bekannt zu machen. Die Saison der Bälle geht jetzt niemals vorüber, ohne der Presse mannigfachen Stoff zu socialen Beobachtungen nnd psychologischer Kritik zu geben. Zu den wichtigsten Fragen auf diesem Gebiete gehört seit einer Reihe von Jahren die abnehmende Tanzlust — der Männer. Ein Philosoph des Ballsaals nennt als eine der Ursachen dieses aller Orten sich bemerkbar machenden Uebelstandes auch die ernstlichen Schwierigkeiten, welche einem tanzenden Manne durch — die gegenwärtigen Ballcostüme der Damen bereitet werden. Er bemerkt:

„Diese Damenmoden scheinen nur erfunden zu sein, um den gewandtesten Tänzer als Hans Ungeschickt erscheinen zu lassen. Lange Schleppkleider von einem so dünnen Stoff, daß er aus Luft gewebt zu sein scheint, darauf ein schwerer Blumenaufputz; Frisuren, welche keiner etwas rascheren Bewegung widerstehen, und überdies ein Tempo der Tanzmusik, das, um mit Grazie eingehalten zu werden, die überschäumende Kraft von Bacchantinnen voraussetzt . . . . man begreift, welche natürliche Begabung und durchgebildete Besonnenheit eines Tänzers dazu gehört, wenn er nicht nur selbst trotz dieser Schwierigkeiten seine Aufgabe erfüllen, sondern auch noch die Schöne an seinem Arm vor allen möglichen Unfällen bewahren soll.

Wenn die Mädchen den Ballsaal betreten, kein Zweifel, sehen sie aus so anmuthig und zierlich wie ein frisches Aquarell; betrachtet sie aber dann nach ein paar Walzern oder wenn sie mit dem Auserwählten ihres Herzen um die Wette gepolkt . . . . die Schleppen sind herabgetreten und bedecken mit den abgerissenen Blumen zerknüllt und beschmutzt den Boden des Saales, sie selbst wandeln wie defecte Blumen an der Seite ihrer Tänzer zu ihren Tugendwächterinnen, welche über die durch die Herren angerichtete Verwüstung der Toilette ihrer Lieblinge mißgelaunt sind und mit langgezogenen Blicken sich die stumme Phrase zulächeln: die Männer von jetzt können nicht mehr tanzen; wie war das so ganz anders u. s. w.

Wunderlich, daß man unsere Damen einmal auffordern muß, sich in der Nachahmung der Pariser Moden zu beeilen: in der in diesen Dingen maßgebenden Hauptstadt Frankreichs erscheinen in diesem Carneval alle tanzlustigen Damen auf den Bällen in kurzen Kleidern, und nur jene Frauen, welche lediglich sehen und gesehen werden wollen, tragen Schleppkleider. Also Umkehr, so lange es noch Zeit ist! Die unendlichen Schleppen sind auch die Ursache, daß jeder mäßig besuchte Ball überfüllt erscheint, da jede Dame, wenn sie sich am Arme ihres Tänzers dreht, einen Kreis von zwei Klaftern im Durchmesser beschreibt."

**Das Grundstück** Nr. 201 u. 3 (Heilige-Geist- und Copernicus-Straßenecke) eins der größten der Stadt, ist dieser Tage in den Besitz des Kaufm. Hrn. Raaß übergegangen. Das Grundstück ist auf 27,000 Thlr. abgeschätzt.

— **Lotterie.** Die Ziehung der 3. Kl. 135. K. Klassen-Lotterie wird am 18. März d. J. ihren Anfang nehmen.

### Agio des Russisch-Polnischen Geldes.

Polnisch-Papier 22 pCt. Russisch-Papier 22⅓ pCt. Klein-Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberruble 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

### Amtliche Tages-Notizen.

Den 12. März. Temp. Kälte 6 Grad. Luftdruck 27 Zoll 9 Strich. Wasserstand 4 Fuß 11 Zoll.
Den 13. März. Temp. Kälte 10 Grad. Luftdruck 28 Zoll 2 Strich. Wasserstand 4 Fuß 5 Zoll.

### Briefkasten.

**Eingesandt.** Ein wohllöblicher Magistrat hat uns in Folge unserer Anfrage in Nr. 37 des Thorner Wochenblatts in Nr. 38 berichtet, daß der Servis für die Zeit vom Juni bis September pr. wegen einer Differenz mit der Königl. Intendantur nicht ausgezahlt werden kann.

Wie steht es aber mit den Servis vom Oktober bis Februar und mit den Verpflegungsgeldern, über die uns bis jetzt noch gar kein Bescheid zuging? — Will die Königl. Intendantur auch dieses nicht zahlen?

In unserer Nachbarstadt Bromberg ist schon Alles geordnet und wird der Servis an die betreffenden bereits ausgezahlt.

**Mehrere Quartiergeber.**

# Inserate.



### Es predigen:

In der evangelisch-lutherischen Kirche.
Mittwoch, den 13. März. Abends 7 Uhr Herr Pastor Rehm.


Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**